

# Löhne in Zeiten hoher Inflation

## Zusammenfassung

- Gewerkschaften stabilisieren durch KV-Verhandlungen die Kaufkraft und die Inlandsnachfrage
- Einmalzahlungen (z.B. Prämien) sind keine Lösung für eine dauerhafte Teuerung
- Die KV-Verhandlungen orientieren sich an der rollierenden Inflation und dem Produktivitätszuwachs

## Bruttolohn, Nettolohn, Reallohn: Was ist was?

Der Begriff **Entgelt** umfasst alle Leistungen der Arbeitgeber:innen, die als Gegenleistung für die Arbeit der Arbeitnehmer:innen verstanden werden können. Bei Arbeiter:innen spricht man von **Lohn**, bei Angestellten von **Gehalt** und bei Lehrlingen von Lehrlingsentschädigung.

Der **Nettolohn** ist der Lohn, der nach Abzug aller Abgaben und Steuern (die zur Finanzierung des Sozialstaates verwendet werden) ausgezahlt wird, also auf dem Konto der Arbeitnehmer:innen (AN) landet. Der **Bruttolohn** ist der Nettolohn plus arbeitnehmerseitigen Sozialversicherungsabgaben und Lohnsteuer.

Die **Inflation** misst, um wie viel Güter und Dienstleistungen in einem bestimmten Zeitraum im Durchschnitt teurer werden. Gemessen wird die Inflation anhand eines Warenkorbs, die ein Haushalt im Durchschnitt konsumiert. Enthalten sind u.a. Nahrungsmittel wie verschiedene Brotsorten, Müsli, Schnitzel, Butter, Tee, diverse Obst und Gemüsesorten, aber auch verschiedene Aspekte der Bekleidung, Wohnen, Energie, Verkehr und Freizeitaktivitäten.

Die Inflation macht den Unterschied zwischen Nominallohn und Reallohn aus. Während der **Nominallohn** der Wert ist, der auf dem Lohn- oder Gehaltszettel steht, **gibt der Reallohn an, was man sich davon real kaufen kann**. Konnte man sich beispielsweise 2021 für 50 Euro noch rund 30 Butter kaufen, kann man sich 2022 nur mehr rund 20 Butter kaufen. Der Reallohn ist also der um die Inflation bereinigte Lohn. Der Reallohn sagt somit aus, um wie viel sich die Löhne im Verhältnis zu den Preisen verändert haben. Steigen die Löhne stärker als die Preise, spricht man von Reallohnzuwachsen, steigen die Preise stärker als die Löhne handelt es sich um Reallohnverluste, trotz steigender Löhne. In anderen Worten: **Mit steigenden Preisen sinkt der Reallohn bzw. die Kaufkraft**.

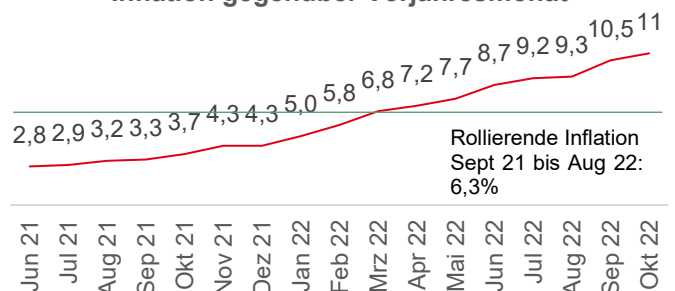
## Was heißt das für die Lohnverhandlungen?

Laut jüngster Konjunkturprognose (Okt 22) rechnet das WIFO mit einer Teuerungsrate von 8,3% für das Jahr 2022

und mit einer Inflation von 6,5% für 2023. Die Inflation gefährdet die Kaufkraft und damit den materiellen Wohlstand, wenn Gehälter, Löhne und Sozialausgaben nicht mithalten. Die **Gewerkschaften sichern** den AN durch Gehaltsverhandlungen nicht nur **einen fairen Anteil an der Wirtschaftsleistung**, sondern **stabilisieren und sichern auch die Kaufkraft**, was die **Auswirkungen steigender Preise abschwächt** und gleichzeitig die Inlandsnachfrage sichert. Kommt es nämlich zu einer Senkung der Kaufkraft, so schrumpft auch die Nachfrage der Arbeitnehmer:innen/Konsument:innen, wodurch Unternehmen weniger Umsatz machen. Um die Kaufkraft nachhaltig abzusichern sind Lohn-erhöhungen zumindest im Ausmaß der Inflation notwendig.

Die für Verhandlungen herangezogene Inflation ist die durchschnittliche Inflation der letzten 12 Monate, auch **rollierende Inflation** genannt. Lohnforderungen beruhen somit nicht auf Erwartungen oder Prognosen und wirken preisstabilisierend und nicht anheizend.

Inflation gegenüber Vorjahresmonat



Das bedeutet, je nachdem, wann die Lohnverhandlungen stattfinden, können sich zugrundeliegenden Inflationswerte unterscheiden, die als Basis der Verhandlungen dienen. Je später die Lohnverhandlungen im Herbst beginnen, desto höher wird die rollierende Inflation sein, da die Inflation seit Ende letzten Jahres stark steigt (siehe Grafik). Die Inflation im April lag beispielsweise im Vergleich zum Vorjahresmonat bei 7,2%, die rollierende Inflation lag bei 4,3%. Die Kollektivvertragsabschlüsse im Frühjahr in der Elektroindustrie +5%, in der Chemischen Industrie +4,9 % und in der

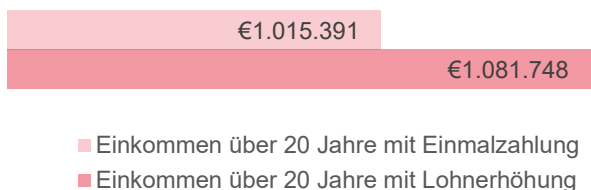
Papierindustrie +4,9% konnten somit die Inflation der letzten 12 Monate ausgleichen. Die Inflation von September bis August lag bei 6,3%, der Abschluss der Metaller lag im Durchschnitt bei 7,5%, bei den unteren Lohngruppen bei 8,9%.

**Ziel der Lohnverhandlungen** ist es, die Kaufkraft der AN zu sichern, indem die Löhne zumindest im Ausmaß der rollierenden Inflation steigen. Außerdem sollen AN auch von der von ihnen erwirtschafteten Produktivität profitieren. An dieser bewährten Lohnregel werden auch die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung der Inflation nichts ändern, denn Einmalzahlungen sind keine Lösung für eine dauerhafte Teuerung.

### Sind Einmalzahlungen problematisch?

Steuerfreie Prämien wie die Coronaprämie oder die kürzlich von der Regierung beschlossene Möglichkeit abgabefreier Prämien von bis zu 3.000 Euro für AN sind ein willkommenes Zeichen der Wertschätzung gegenüber der Leistung, die AN erbracht haben. Prämien und Bonuszahlungen sind daher zu begrüßen, solange die Unternehmen diese zusätzlich zu den Löhnen zahlen. **Ein Bonus oder eine Prämie sind aber keine Lohnzahlung, keine Alternative zu Lohnerhöhungen und keine langfristige Absicherung der Kaufkraft.** Selbst wenn die Inflation nächstes Jahr wieder etwas sinken sollte, bleiben die Preise hoch. Sie werden nur nicht mehr so extrem steigen. So gibt es dann für 50 Euro statt der 30 Butter wie 2021 oder 20 Butter wie 2022 dann vielleicht 16 Stück. Warum selbst eine vermeintlich geringe Lohnerhöhung einer Einmalzahlung vorzuziehen ist, zeigt folgendes Beispiel:

#### Bruttoeinkommen über 20 Jahre (2022 - 2042)



Für eine Person mit einem Bruttoeinkommen von 3.000 Euro pro Monat hört sich eine Einmalzahlung von 3.000 Euro vielleicht viel besser an als eine Lohnerhöhung von rund 7% (rollierende Inflation Oktober). Langfristig betrachtet, verdient diese Person aber über 20 Jahre **um rund 66.356 Euro weniger**, wenn sie statt der Lohnerhöhung eine Einmalzahlung bekommt.

### Warum trotz der Entlastungsmaßnahmen eine kräftige Lohnerhöhung fordern?

Die Antiteuerungsmaßnahmen der Bundesregierung betreffen fast ausschließlich das Jahr 2022. Die Maß-

nahmen können einen Teil des erlittenen Reallohnverlusts auffangen, sind aber nur eine temporäre Überbrückung und damit kein Ersatz für langwirkende Lohnerhöhungen.

Auch die Abschaffung der kalten Progression ist keine Entlastungsmaßnahme gegen die Teuerung, da die Mehreinnahmen des Finanzministeriums vor der Rekordinflation bereits über die Steuerreform an die AN zurückerstattet wurde.

Darüber hinaus ist es nicht richtig, nur die Entlastungsmaßnahmen für die AN zu berücksichtigen. Für ein vollständiges Bild muss man auch die Förderungen, die an die Unternehmen geflossen sind, beachten. In der Pandemie und wegen der Teuerung sind das deutlich über 30 Milliarden Euro. Wichtig ist dabei, dass 80% des gesamten Steueraufkommens von AN und Konsument:innen bezahlt werden. Solange also die Maßnahmen nicht über Unternehmens- und Reichensteuern gegenfinanziert sind, zahlen sich die Arbeitnehmer:innen die Entlastungspakete selbst und finanzieren auch die Hilfen für die Unternehmen.

Ein Verzicht auf eine deutliche Lohnerhöhung hat auch langfristige Folgen für die Arbeitnehmer:innen. Neben dem realen Einkommensverlust verlieren sie langfristig wesentliche Beiträge zur Pensionsversicherung. Dieses Problem besteht auch bei Einmalzahlungen anstelle von nachhaltigen Lohnerhöhungen.

### Was ist jetzt dringend notwendig?

Klar ist, dass die Gewerkschaften durch die Lohnverhandlungen die Kaufkraft und den Lebensstandard der AN sichern müssen. Jedes Jahr gibt es Forderungen nach Lohnzurückhaltung von Seiten der Wirtschaft. Dieses Jahr lautet das Argument, dass höhere Löhne die Inflation beschleunigen würden. Die aktuelle Inflation ist jedoch eindeutig durch die Energiepreise getrieben und wird von einigen Unternehmen genutzt, ihre Preise heimlich mit anzuheben. Nicht die Lohnabschlüsse müssen bescheiden ausfallen, sondern die Unternehmen müssen dazu angehalten werden, ihre Preise nicht über die für sie gestiegenen Kosten zu erhöhen. Es zeichnet sich bereits in einigen Branchen eine Gewinn-Preis-Spirale ab. Unverständlich ist, warum die Bundesregierung angesichts der absurd hohen Übergewinne einiger Unternehmen untätig bleibt.

Um der drohenden Rezession entgegenzutreten ist es wichtig, die Kaufkraft zu erhalten. Demzufolge muss die rollierende Inflation jedenfalls in den Lohnverhandlungen ausgeglichen werden. Weiters braucht es sinnvolle Instrumente, um Teuerungen abzufedern und die Inflation zu bremsen, wie bspw. die Einführung eines Preisdeckel im Energiebereich und einer Antiteuerungskommission, die Rücknahme der Mieterhöhungen und die zeitweise Steuersenkungen auf Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs.